

Danziger Zeitung.

No 18149.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 2 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Stimmzettel

für die Candidaten der Liberalen, Herren **Richert** (Stadt Danzig) und **Draue** (Landkreis Danzig) sind zu haben im Wahlbureau Hundegasse 83 und in der Expedition der „Danziger Zeitung“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Februar. (W. I.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, daß das verbrecherische Treiben gewissensloser Auswanderungsagenten, welche die Landbewohner Pommerns beschwindeln und zur Auswanderung nach Brasilien bereben, zur Kenntniß des Kaisers gelangt sei, welcher befohlen hat, daß der Ausbeutung der Landbewohner durch amliche Warnungen in Kreisblättern entgegenzutreten ist.

Berlin, 18. Febr. (Privattelegramm.) Centrumsblätter melden aus Wahlhausen in Thüringen: Die Socialisten erregten in einer Versammlung unter dem Vorstehe des Herrn v. Wedell-Piesdorf Unruhe. Die Garnison wurde alarmirt und bei der Räumung des Saales drei Soldaten verwundet. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Finne, 18. Februar. (W. I.) Graf Julius Andorff ist in vergangener Nacht um 3 Uhr in Dolosca gestorben.

Julius (Gyula) Graf Andorff, geb. 8. März 1823, 1848 als Obergespan Führer des Jemplerer Landsturms bei Schwechat, später Gesandter der kaiserlichen Regierung in Konstantinopel, fand dann nach Paris, wurde 1850 zum Lode verurtheilt und lebenslang gefangen, kehrte 1860 nach Ungarn zurück und stiftete als Mitglied des Landtages 1861 mit der Deakischen Partei, wurde 1867 Präsident des ungarischen Ministeriums, verhinderte 1870 das Bündniß Oesterreichs mit Frankreich; seit 15. November 1871 Minister des Aeußern und Präsident im gemeinsamen Ministerium Oesterreich-Ungarns, schloß er 1872 das Dreikaiserbündniß ab. Ziel seiner Politik war die Aufrechterhaltung des Friedens nach außen, im Innern des Ausgleichs mit Ungarn und der versöhnungsmäßigen Zustände. Während des russisch-türkischen Kriegs beobachtete er eine neutrale Politik, erzielte auf dem Berliner Congreß die Erlaubniß, Bosnien und die Herzegowina zu occupiren, und nahm, nachdem er das enge Bündniß mit dem deutschen Reich zu Stande gebracht, im Oktober 1879 seine Entlassung.

Paris, 18. Februar. (Privattelegramm.) Unter dem Vorsitz Clemenceaus berathen die radicalen Deputirten über die Mittel, den Sieg der Boulangeristen bei der bevorstehenden Gemeinderathswahl zu verhindern.

— Eingeweihte Kreise versichern, die Regierung habe beschlossen, den Prinzen von Orleans an die spanische Grenze zu schicken, damit er seine Mutter, welche in Spanien weilt, aufsuchen könne.

London, 18. Februar. (Privattelegramm.) Aus Jambou wird berichtet: Bana Herr, über bedeutende Truppenmassen verfügend, leistet noch Widerstand. Wismann erwartet 60 Officiere, Unterofficiere und 600 Sudanesen, um Aliso anzugreifen, wo ein hartnäckiger Widerstand wahrscheinlich ist. Dr. Peters ist seit der Nachricht von seinem Tode von keinem Europäer gesehen worden. Die französischen Missionare erklären, nicht Peters, sondern Borchert gesehen zu haben.

Newcastle, 18. Febr. (Privattelegramm.) Im Durham-District droht ein umfangreicher Strike der Kohlenarbeiter in kurzem auszubrechen.

Warschau, 18. Febr. (Privattelegramm.) Das Streikrecht im Stromgebiete des Bug wird mit Berücksichtigung der Festungen ergänzt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Februar.

Die Manöver der letzten Stunden.

In letzter Stunde vor der Wahl werden häufig Manöver organ. einzelne Parteien versucht, um

Stadt-Theater.

Gestern wurde das Schauspiel „Die Geier-Wahl“ von Wilhelm v. Hillem gespielt. Frau v. Hillem, die hochbegabte Tochter der Frau Rich, hat sich als Roman- wie als Bühnendichterin einen Namen gemacht und sich schließlich auch nach dem Vorbild ihrer Mutter in der Uebersetzung eines Romans zu einem effectvollen Schauspiel verknüpft, und zwar, wie die „Geier-Wahl“ zeigt, mit Glück; freilich handelte es sich bei dieser Uebersetzung um ihre eigene erzählende Dichtung, so daß sie zu dem Stoffe die denkbar engste Beziehung hatte. Die Verfasserin versteht uns unter jenes herbe und schroffe Gebirgsvolk, das in den Volksstücken der „Münchener“ und in den Dramen Anzengrubers handelnd auftritt; Menschen, die ebenso übermächtig, aber auch ebenso mild und maßlos sind, wie die großartige, impetive, aber in ihrer jähwüthenden Wirkung um ihre fürchterliche Natur, die sie umgibt. Die dramatischen Constitute, welche die Verfasserin diesem Volksleben entnimmt, sind echt. Und echt sind im wesentlichen auch die einzelnen Charaktere, welche sie zu Trägern der Handlung gemacht; nur ab und zu gehen die Betrachtungen, welche der Walburga in den Mund gelegt sind, über den Gedankenkreis eines Bauernmädchens hinaus. Die Volkstümlichkeit des Stoffes

dieselben ins Unrecht zu setzen und ihre Wahl-aussichten zu verschlechtern. Man pflegt damit erst dann hervortreten, wenn die Partei, gegen welche das Manöver gerichtet ist, zur Aufklärung, zur Richtstellung des Vorgebrachten bis zum Augenblick der Wahl garnicht mehr Zeit hat. Ist beschränkt sich solche Manöver auf einen Ort oder Wahlkreis, oft erstrecken sie sich auch über das ganze Land. Meistens pflegen solche Manöver wirkungslos zu sein und sich gegen deren Veranlasser zu kehren. Ein Manöver gegen die Freisinnigen ist gestern in Stadt und Kreis Jauer erfolgt, glücklicher Weise in vorletzter Stunde, so daß es noch rechtzeitig aufgedeckt werden konnte. Das Manöver wendete sich zunächst gegen das in Jauer erscheinende freisinnige Organ, das „Jauersche Stadtblatt“, hatte aber hauptsächlich den Zweck, zu Ungunsten des freisinnigen Candidaten für Jauer-Bothenhagen-Candeshut, Herrn Dr. Hermes, zu wirken. Das „Stadtblatt“ hatte in seiner Nummer vom 11. Februar als Leitartikel die Aufschrift eines kleinen Grundbesitzers aus Ostpreußen aus der „Liberalen Correspondenz“ zum Abdruck gebracht, welche eine getreue Schilderung der ostpreussischen Verhältnisse enthielt. Das „Stadtblatt“ hatte ausdrücklich darüber geschrieben: „Von einem kleinen Grundbesitzer aus Ostpreußen u. s. w.“ Das Organ der Jauer'schen Cartellpartei, die „Unterhaltungsblätter“, denuncirte diesen Leitartikel seinen Lesern als einen persönlichen Angriff auf den Candidath des Kreises Jauer, Freiherrn v. Richthofen, dem auch das freisinnige Blatt alle und jede Anerkennung für seine aufopferungsvolle, nur das Gemeinwohl von Stadt und Kreis Jauer bezweckende Thätigkeit zollt und dem es wünscht, daß er noch viele Jahre im Amt erhalten bleibe. Das Cartellblatt verschwie, daß die Aufschrift sich nur auf ostpreussische Verhältnisse beziehe, und gab daraus nur ein paar Sätze und Sätze in gepulverten Schrift wieder, welche so gedeutet werden konnten, daß sie sich direct gegen die Verwaltung des Jauer'schen Candidaths und auf ihn persönlich bezogen. Der Artikel hatte denn auch zum Theil die beabsichtigte Wirkung. Es wurde von reactionärer Seite ein Adressenschwindel zu Gunsten des angeblich persönlich angegriffenen Candidaths v. Richthofen in Scene gesetzt, und leider fiel auch eine Anzahl von Freisinnigen darauf herein. Ihren Namen zur Unterschrift unter diese Adresse herzugeben, weil sie glaubten, daß wirklich persönliche Angriffe auf den beliebten Candidath v. Richthofen erfolgt seien. Das Jauersche freisinnige Blatt giebt, weil es sonst an diesem Tage nicht erscheint, heute ein Extrablatt heraus, in welchem es den Schwindel dieses Manövers der vorletzten Stunde aufdeckt. Aber mögen die Wähler in allen anderen Kreisen auf der Hut sein!

Die Freisinnigen und die Branntweinsteuer.

Wenn alles schimpft, kann Herr Schweinburg mit seinen „Pol. Nachr.“ nicht fehlen, und so stimmt er denn kräftig ein in den Chor der Gouvernemente und strengt seine Stimmblätter reißend an, um die Freisinnigen tollt zu machen. In einem langen Leitartikel stellt er sie in ihrer ganzen Verworfenheit bloß, und mit der ganzen stillen Entrüstung, die diesem aus Oesterreich zu uns herübergekommenen nationalen Musterprediger so gut ansteht, enthielt er, daß die Freisinnigen „bewußter Weise die Unwahrheit“ cultiviren. Denn, sagt der Herr Schweinburg,

„Allen Ernstes treten sie jetzt im Osten vor die Mäler mit der Behauptung, sie wären immer gegen eine Besteuerung des Branntweins gewesen; wenn es nach ihnen gegangen wäre, würde niemals der Branntwein zum Steuerobject gemacht worden sein.“

Dann folgt eine lange Beweisführung, worin gezeigt wird, daß die Freisinnigen früher stets die höhere Besteuerung des Branntweins betont haben. Freilich, Herr Schweinburg, das haben die Freisinnigen stets gethan, und wir fragen nur: Wo hat irgend ein Freisinniger „im Osten“ gesagt, daß die Partei „immer gegen eine Besteuerung des Branntweins gewesen“ sei? Das ist eine blanke Erfindung. Die Freisinnigen sind allerdings gegen das letzte Branntweinsteuergesetz gewesen; nicht aber, weil sie von diesem Besteuerungsobjecte überhaupt nichts wissen wollten,

wird wesentlich dadurch gefördert, daß alles im Dialect geschrieben ist.

Für das Gelingen der gestrigen Darstellung spricht es, daß sie dem Hause, trotz seiner schwachen Besetzung, sehr lebhaften Beifall abgewann. Das Stück ruht so viel Personen auch der Zettel nennt, eigentlich nur auf zwei Rollen, der Geier-Wahl und dem Bären-Josef. Beide waren gestern sehr angemessen besetzt. Frühelein Brau gelang die gesunde Vertheidigung, die scharfe Härte, welche das Herz nur eben durchschimmern läßt, und die ungezügelte Leidenschaftlichkeit der Wahl recht gut und es fehlte auch nirgends an der entsprechenden Kraft der Darstellung. Herrn Hofmanns Josef ließ nach keiner Seite etwas zu wünschen übrig; man glaube ihm den unwiderstehlichen Reim des Bären, wie man in seiner Natur seinen Augenblick, den wahren Menschen verkennen konnte. Die Natürlichkeit der Darstellung wurde dadurch gehoben, daß Hr. Hofmann den erforderlichen Dialect vollkommen beherrschte. Ganz vorzüglich wurde von beiden Darstellern die Schlusscene gegeben, in der die Herzen sich zu erschließen haben und sich die beiden Naturen mit derselben Gewalt, mit der sie sich am Anfang abließen, nun aneinander-schließen. Das Publikum spendete Fräul. Brau und Herrn Hofmann wiederholten lebhaften Beifall.

sondern aus folgenden zwei Gründen: 1. weil sie die ungeheure Höhe der Besteuerung im Betrage von circa 160 Millionen nicht für gerechtfertigt erachteten und nicht ohne zwingende Noth eine der ergiebigsten Finanzquellen erschöpfen, sondern dieselbe für Fälle der Noth aufsparen wollten; 2. weil sie den Besteuerungsmodus, der in Gestalt der Contingentierung den großen Brennern Sondervorteile zuwendet, nicht billigten. Das ist der wahre Sachverhalt, und den wird kein Schweinburg verdunkeln, so lebhaft auch seine Phantasie und so ergiebig auch sonst jenseits seine Ammenthätigkeit für die conservative Provinzialpresse ist.

Bismarcks Rücktritt vom Ministerpräsidium in Sicht.

Die Andeutungen, welche der Reichskanzler gelegentlich des letzten Diners über seinen Wunsch, baldigst die Leitung der preussischen Angelegenheiten aus den Händen zu geben, gemacht hat, sind von den Zeitungen im allgemeinen nicht weiter berücksichtigt worden. Wenn nun denselben deshalb jetzt von officiösen Correspondenten Vorwürfe gemacht werden, so kann das nur die Bedeutung haben, daß eine solche Aenderung in der preussischen Ministerpräsidentschaft in der That in Frage steht. Der Reichskanzler hat bei dem erwähnten Anlaß darauf hingewiesen, daß er die Last der Jahre und der Arbeit immer mehr fühle und dem Gedanken gern praktische Folgen geben möchte, die preussischen Angelegenheiten einer jüngeren Kraft zu übertragen. Er könne dies um so mehr, als der Kaiser sich mit Ernst und Eifer den schweren Aufgaben widme, die sein Amt stelle. Bekanntlich hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ bei der Erörterung über die Ernennung des neuen Handelsministers darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler den Wunsch gehabt habe, durch die Einrichtung eines selbständigen Colonialamts seine Geschäftslast zu erleichtern; dieses sei aber 1. 3. unausführbar und deshalb habe Fürst Bismarck zunächst die Geschäfte des preussischen Handelsministeriums abgegeben.

Wenn von officiöser Seite jetzt daran erinnert wird, daß Fürst Bismarck Ende 1872 aus ähnlichen Gründen den Vorsitz im preussischen Staatsministerium niedergelegt habe, so wird man dieses Präcedens nicht um so weniger gelten lassen können, als die Verhältnisse, wie sie damals bestanden und wie sie nach den eigenen Erklärungen des Reichskanzlers seinen Rücktritt herbeiführten, zur Zeit nicht vorhanden sind. Bei der Berathung des Etats für auswärtige Angelegenheiten für das Jahr 1873 sagte Fürst Bismarck am 25. Januar:

„Der Präsident des Staatsministeriums, obschon ihm ein größeres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit wie jedem anderen Mitgliede ohne Zweifel zufällt, hat doch keinen größeren Einfluß auf die Gesamtleitung der Geschäfte, wenn er ihn nicht persönlich selbst erkräftigt und gewinnt. Unter Staatsrecht verleiht ihm keinen. Will er diesen Einfluß gewinnen, muß er ihn durch Bitten, Ueberredung, Correspondenzen, Besuchen beim Gesamtcollegium, kurz, durch alle Kräfte gewinnen, die die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in hohem Maß beanspruchen. Wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb eines Ministeriums ein passiver Widerstand entwickelt, so habe ich darüber die Erfahrung, daß man gewissermaßen im Sande ertrinkt und seine Ohnmacht erkennt.“

Um übrigen des Fürst Bismarck darauf hin, daß sein Verbleiben im preussischen Ministerium als Minister der auswärtigen Angelegenheiten bewiese, daß in der Gesamtpolitik nichts geändert werde, und daß er nur etwas weniger Arbeit als früher und zwar etwas weniger unfruchtbare Arbeit habe. Er wolle dann das preussische Ministerium des Auswärtigen gewissermaßen als Ministerium für die Reichsangelegenheiten oder die deutschen Angelegenheiten angesehen wissen, also als diejenige Stelle, welche die Aufgabe habe, den Zusammenhang zwischen preussischer und innerer Politik aufrecht zu erhalten. So lange der Reichskanzler als solcher das Vertrauen des Kaisers habe, könne man doch unmöglich annehmen, daß der König von Preußen in dieser Eigenschaft seinem preussischen Ministerium eine Politik gestatten werde, die dem als Reichskanzler mit dem kaiserlichen Vertrauen beehrten Beamten die Wirksamkeit im Reich un-

Don den zahlreichen übrigen Rollen des Stückes sind nur wenige von einiger Bedeutung: Herr Stein gab den Benedict in schlichtem bäuerlichen Wesen und doch mit schöner innerer Wärme; Herr Weidlich fand sich mit dem tüchtigen Vincenz Cellner gut ab; die Afra des Fräulein Gallians war von lebenswürdiger Natürlichkeit, und der treue, alte Anecht Altkemmer wurde von Herrn Sieghardt mit großer Wahrheit gespielt.

Stiftung zur Hebung der Frescomalerei.

Von einem Kunstfreunde ist zur Hebung der Frescomalerei eine Stiftung gemacht worden, deren jährliche Einnahmen 3000 Mk. betragen. Daraus sollen in jedem Jahre ein oder mehrere Bilder in Frescomalerei ausgeführt werden. Der leitende Gedanke ist, daß Privatleute in ihren Wohnräumen Bilder gemalt erhalten, zu welchen sie selbst den Gegenstand bestimmen haben. Es haben die fünf Akademien: München, Berlin, Düsseldorf, Karlsruhe, Dresden ihre Zustimmung zugesagt, und es wird abwechselnd in jedem Jahre eine derselben die Ausführung durch einen hervorragenden Schüler oder einen anderen jungen Künstler leiten.

In diesem Jahre trifft es die Berliner Akademie, daher werden Kunstfreunde, welche in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien,

möglich mache. Die Ministerkrise vom November 1872 folgte, wie erinnerlich, dem von dem Grafen Gulemburg verlangten Pairschub ins Herrenhaus behufs Durchbringung der Kreisordnung. Ob der Reichskanzler, wie man damals wissen wollte, Gegner dieser Kreisordnung und des Pairschubs gewesen ist, mag dahingestellt bleiben. Das Ministerium Roth wurde bekanntlich schon am 9. November 1873 durch die erneute Ernennung des Fürsten Mismarck zum Ministerpräsidenten und des Finanzministers Camphausen zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums abgelöst. Als am 22. November Abg. Windthorst die Regierung über diese Ministerveränderung interpellirte und derselben eine immense Bedeutung beilegte, erklärte Minister Camphausen, es sei ein Irrthum, anzunehmen, daß das Ministerium aufhöre ein Collegium zu sein oder als solches Beschlüsse zu fassen. Weiterhin wäre das jedenfalls eine interne Angelegenheit des Staatsministeriums, so lange die Beziehungen desselben zu der Landesvertretung keine Veränderung erlitten.

Seit jener Zeit hat die Vereinigung der Geschäfte des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten keine weiteren Folgen gehabt. Wenn jetzt der Gedanke einer Trennung der beiden Functionen wieder aufgeworfen wird, so sind dabei offenbar Erwägungen von ganz anderer Art von Bedeutung. Thatsächlich würde der Reichskanzler, auch wenn er nicht mehr officiell als preussischer Ministerpräsident fungirt, wenigstens insoweit die Gesamtleitung der Politik in Frage kommt, ein Einfluß nicht verlieren. Der Sach, daß der Reichskanzler, so lange er das Vertrauen des Kaisers besitzt, nicht in die Lage kommen werde, Beschlüssen des Staatsministeriums seine Zustimmung geben zu müssen, gilt auch heute noch. Sollte es sich wirklich darum handeln, an die Stelle des Ministerpräsidenten Fürst Bismarck eine jüngere Kraft zu setzen, so würden ohne Zweifel Vorkehrungen getroffen werden, daß ein Conflict dieser beiden Instanzen unmöglich wird.

Vielleicht sind es gerade diese Erwägungen, welche die Presse veranlaßt haben, die neulichen Andeutungen des Reichskanzlers nicht weiter zu verfolgen.

Nachtragsetat und die Gehaltsaufbesserung der Beamten.

Der gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachtragsetat für das laufende Jahr bezieht sich nicht etwa auf die Frage der Erhöhung der Beamtegehälter, sondern lediglich auf die Bereinigung des Gehalts für den Handelsminister für die beiden Monate Februar und März, hat also nur formale Bedeutung. So lange Fürst Bismarck die Leitung des Handelsministeriums hatte, war ein Gehalt für diesen Posten in den Etat nicht eingestellt. Die Mehrausgaben für die beiden Monate belaufen sich auf 7500 Mk., indessen entsteht eine gleichzeitige Mehrausgabe nicht, insofern eine gleiche Summe als Einnahme aus Mieten für Wohnungen in Dienstgebäuden etc. in Einnahme gefüllt ist. Eine Erläuterung dieser Position findet sich in der Anlage nicht.

Die Angelegenheit der in Aussicht genommenen Aufbesserung der Beamtegehälter selbst befindet sich augenblicklich noch im Stadium commissarischer Berathungen, an welchen Vertreter der verschiedenen Ressorts theilnehmen. Obwohl sich die Verhandlungen ihrem Ende zuneigen, so ist doch vor der definitiven Beschlußfassung der maßgebenden Instanzen ein fester Artikel über die endgültige Gehalt, in welcher sich die Verbesserung der materiellen Lage der Beamten vollziehen wird, noch nicht möglich.

Ueber die Socialdemokratie

schreibt unser Berliner „Correspondent“ von gestern: Während die socialdemokratische Presse anfangs über die kaiserlichen Erlasse in heftigen Jubel ausbrach, suchen jetzt die socialdemokratischen Wortführer dieselben nach Kräften herunterzubringen. In der heutigen Versammlung der Arbeitervereine, welche gegen die bekannte Aeußerung des Ministers Herrfurth über die Anhänger der Socialdemokratie Protest einlegte, erklärte der Hauptredner, der bekannte Tapezier Krüger, die kaiserlichen Erlasse könnten den Forderungen der Arbeiter

Holstein, Brandenburg (incl. Berlin), Pommern, Lauenburg, Lübeck, Hamburg wohnen und dort ein eigenes Haus besitzen, in welchem sie einen Raum durch Frescomalerei geschmückt haben möchten, aufgefordert, sich bis zum 1. April 1890 bei dem „Director der königlichen akademischen Hochschule für die bildenden Künste zu Berlin“, Herrn Professor A. v. Werner, schriftlich zu melden und demselben zu machen über:

a. den darzustellenden Gegenstand und das gewünschte Genre der Darstellung (Figuren, Landschaft, Decoration),
b. Größe, Gestalt und Lage des Raumes resp. der Wandfläche (durch Einblendung eines Grund- und Aufrisses),
c. die Höhe der Summe, die sie etwa bei größerer Ausdehnung der Arbeit beizusteuern gewillt sind.

Die Kosten für die Vorbereitung der Wandfläche, Herstellung der Gerüste und der nöthigen Requiraten hat der Besteller zu tragen.

Aus diesen Meldungen wählt die Hochschule die am passendsten scheinende aus und beauftragt einen ihrer Schüler mit deren Ausführung.

Der Vorstand des „Vereins zur Danziger“ (zur Zeit bestehend aus den Herren R. Rimmer, Hundegasse 65, Dr. Pischke, Langenmarkt 29, und Oskar Bischoff, Schmalegasse 31) ist erbötig, Meldungen zu übermitteln.

aufgegeben, sich selbst angekleidet und sei ihm die Treppe
hinab gefolgt. Unterwegs habe er jedoch an einige Thüren

